

Danziger Zeitung

Verlags- und Anzeiger-Danzig:
Für Redaction und Expedition Nr. 16.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Verlags- und Anzeiger-Danzig:
Für Redaction und Expedition Nr. 16.

Nr. 22499.

1897.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse 4, bei sämtlichen, Abholstellen und bei allen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Abonnementspreis für die „Danziger Zeitung“ mit dem illustrierten Mittheilungsblatt „Danziger Fidele Blätter“ und dem „Westpreussischen Land- und Hausfreund“ vierteljährlich 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., bei einmaliger Zustellung 2,65 Mk., bei zweimaliger 2,75 Mk. — Inserate kosten für die siebenzeilige gewöhnliche Schrift 10 oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Kanalzölle — die Entscheidung über die Kanalpolitik der Zukunft.

In der Commission des Abgeordnetenhauses, an welche die Vorlage wegen einer Nachbesserung von 14 1/2 Millionen Mark für den Dortmund-Ems-Kanal überwiesen war, hat die Gegnerschaft gegen die Kanäle einen vollständigen Sieg errungen. Die Nachforderung konnte zwar von keiner Seite ernstlich beanstandet werden, sie wurde vielmehr einstimmig bewilligt, aber die Vertreter des Agrariertums benutzten die Gelegenheit, eine Resolution durchzuführen, nach welcher die Staatsregierung ersucht werden soll, „durch zweckentsprechende Tarification der Kanalgebühren der die einheimische Production schädigenden Concurrenz entgegenzuwirken“.

Nach dem Wortlaut dieser Resolution, die mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen wurde, sollte man fast meinen, daß es der Zweck neuer Kanäle sei, nicht etwa den Verkehr zu erleichtern, sondern ihn, wenigstens für die ausländische Concurrenz, geradezu zu erschweren. Allerdings will man auch agrarischerseits es zugeben, daß die Kanalgebühren für ausgehende Güter und für schwedische Eisenerze, deren Zufuhr für die westfälische Eisenindustrie gegenwärtig unentbehrlich ist, niedrig bemessen würden, dagegen dürfe für die Landwirthschaft unter keinen Umständen durch ein neues Einbruchsthor die ausländische Concurrenz gesteigert werden, hier müsse durch hohe Tarife insbesondere der Einfuhr von Getreide und Holz ein Riegel vorgeschoben werden.

Vergeblich wurde von Seiten der Regierung darauf hingewiesen, daß der Kanal doch den Zweck habe, den Verkehr zwischen der See und dem westfälischen Industriebezirk, der jetzt über Rotterdam oder Antwerpen gehe, für die preussischen Eisenbahnen zu gewinnen, und daß hohe Kanalgebühren für eingehende Waaren nicht nur die ausländischen Erzeugnisse, sondern auch das aus dem östlichen Deutschland auf dem Seewege nach Westdeutschland gehende deutsche Getreide und Holz ausschließen würden; vergeblich wurde aus der Commission geltend gemacht, daß, wenn die eine Richtung des Verkehrs, die Einfuhr der wichtigsten Massenartikel, unmöglich gemacht werde, auch die andere Richtung des Verkehrs, die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse, sich nicht entwickeln könne, daß somit das Aufkommen eines Schiffsverkehrs auf dem Kanal in Concurrenz gegen holländische und belgische Häfen überhaupt ausgeschlossen sein und der ganze Zweck der neuen Wasserstraße vereitelt werden müsse.

Die Kanalgebühren sollen von den Schiffsverkehrsinteressen für die Leistung, welche ihnen der Staat durch die Befahrung einer vortheilhaften künstlichen Wasserstraße gewährt, eine Gegenleistung einziehen; sie sollen ferner Einnahmen gewähren, welche zur Deckung der Betriebs- und Unterhaltungskosten sowie zur theilweisen Verzinsung des Anlagekapitals des Kanals dienen, der doch nicht nur für die Schifffahrt, sondern auch für landwirthschaftliche Meliorationen, militärische Zwecke u. s. w. von Werth ist. Sie müssen in jedem Falle unter genauer Berücksichtigung der Concurrenz bemessen werden, welche andere Beförderungsmittel mit Eisenbahnen und Wasserstraßen machen, wenn nicht der Zweck des Kanals und der Zweck der Gebühren selbst vollständig vereitelt werden sollen. Beide Ge-

sichtspunkte schiebt die jetzt angenommene Resolution rücksichtslos bei Seite, sie hat nur ein Ziel im Auge: Zurückdrängung der ausländischen Einfuhr. Aus den Gebühren sollen Zölle werden.

Die Aussichten, daß der Commissionsbeschluss im Plenum wieder beseitigt werde, sind bei der Zusammenfassung des Hauses gering. Um so notwendiger ist es, daß die nächstbetheiligten so schnell und nachdrücklich wie möglich ihre Anschauungen und Interessen beim Abgeordnetenhaus oder bei den Vertretern ihrer Wahlbezirke zur Geltung zu bringen suchen. Nur wenn die Regierung Unterstützung aus diesen Kreisen erhält, wird sie ihren, durch sachliche Erwägungen bestimmten Standpunkt behaupten können.

Mit der Gebührenfrage in diesem Falle wird aber auch der allgemeine Widerstand der betreffenden Kreise gegen neue Kanäle verquickt. Die beim Dortmund-Ems-Kanal vorgekommenen Ueberforderungen werden als Handhabe benutzt, um gegen alle neuen Kanalbauten zu agitieren. Die Regierung hat offenbar den guten Willen, den großen Plan eines Mittellandkanals, der erst eine durchgehende Binnenwasserstraße vom Rhein bis zur Weichsel herstellen würde, trotz aller Schwierigkeiten zur Ausführung zu bringen. Aber auch hierbei müssen ihr die nächstbetheiligten mit allem Nachdruck rechtzeitig zur Seite stehen. Die Entscheidung über die Gebühren- oder Tariffrage auf dem Dortmund-Ems-Kanal wird unvermeidlich auch die Entscheidung über die künftige Kanalpolitik überhaupt bringen.

Die Helden des Panamaschwindels

Dürften bald noch eine Vermehrung erfahren. Zunächst hat die Untersuchungscommission des Senats die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Senators Leveux einstimmig ertheilt. Der Untersuchungsrichter nahm die erste Confrontation der Deputirten Boyer und Maret mit Arton vor und verhörte ferner den früheren Deputirten des Departements Seine-et-Marne, in dessen Wohnung darauf eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Ferner wurde der radicale Deputirte Jullien vernommen, der sich freiwillig gestellt hatte. Von mehreren Seiten wird gemeldet, der Untersuchungsrichter Le Poitevin habe eine sehr genaue Copie der Papiere des Baron Cottu erlangt, durch welche 17 Mitglieder der Rechten compromittirt seien. Im Laufe des Mittwachs Dormittags wurden zahlreiche neue Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Verhaftung eines sehr bekannten ehemaligen boulangistischen Deputirten soll bevorstehen.

Gleichzeitig wurden in Paris die Aufschlüsse, die der Untersuchungsrichter Le Poitevin dem Kammerauschuss gegeben hat, bekannt. Nach seinen Mittheilungen, so wird der „Doll. Ztg.“ aus Paris gemeldet, begann der Stimmengang 1887. Damals waren Rouvier Ministerpräsident, Barbe Aderbauminister. Lespès wollte eine Loosanleihe ausgeben. Sein Vertrauensmann Baron Reinach beauftragte Arton, mit Barbe zu verhandeln. Nach mehreren Unterredungen wurde Arton mit Barbe handelsins; dieser verlangte 600 000 Frs. und versprach dafür die Einbringung des Gesetzes über die Loosanleihe. Reinach willigte ein und Barbe erhielt die 600 000 Frs. Das Ministerium Rouvier fiel jedoch, ehe es sein Versprechen erfüllt hatte.

Reinach verlangte jetzt das Geld zurück, aber Barbe verweigerte die Rückzahlung, weil er den Betrag bereits vertheilt habe; unter anderem habe er 50 000 Frs. dem Premierminister Rouvier gegeben. Diese Mittheilung erregte den besonderen Zorn Reinachs, weil er selbst Rouvier gleichfalls 50 000 Frs. bezahlt hatte und sich von ihm durch zweimalige Einziehung des Betrages betrogen glaubte. Barbe ist seitdem gestorben. In seinem Nachlaß fand die Untersuchung die Spur von 480 000 Frs., die er 1887 eingestrichen; den Unterschied zwischen diesem Betrage und den 600 000 Frs., die Reinach ausgezahlt hatte, scheint Barbe vertheilt zu haben. Maret hat nach Le Poitevin 90 000 Frs. erhalten; er war Berichterstatter für das Loosanleihegesetz. Seinen Bericht erhielt er fix und fertig von dem inzwischen gleichfalls verstorbenen Burdeau, bei dem ihn Reinach bestellt hatte. Burdeau erhielt für die Arbeit 70 000 Frs. Der gewesene Justizminister Thevenet bekam 20 000 Frs., zahlte sie jedoch angeblich zurück; die Untersuchung bestrebt sich, diesen Punkt klarzustellen. Ob es ihr gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Deutschland.

Weltbriefmarke für den internationalen Verkehr.

Auf dem demnächst zusammentretenden Weltpostcongreß wird, wie schon gemeldet, die Frage der Schaffung einer Weltbriefmarke für den internationalen Briefwechsel in allen dem Weltpostvereine angehörigen Ländern aufs neue zur Sprache kommen und, wie das halbamtl. „Brüsseler Journal“ erklärt, diesmal voraussichtlich entschieden werden. Die einzige Schwierigkeit liegt auf finanziellem Gebiete. Die internationale Briefmarke soll einen Werth von 20 Pfennigen, 2 Pence, 25 Centimes darstellen. Es giebt aber unter den zum Weltpostvereine gehörigen Ländern Staaten, deren Münzwerte unbedingt entwerthet sind. Dazu gehören in erster Linie die südamerikanischen Republiken. Würde man diesen Ländern gestatten, Briefmarken von 25 Centimes anzufertigen, die nicht nur von allen Postverwaltungen, sondern auch von allen Kaufleuten, Bankiers und Wechseln Europas als bares Geld zum vollen Werthe von 20 Pf., 2 Pence und 25 Centimes angenommen werden müßten, so würde man diesen Ländern, deren Münzen und Banknoten jebermann nur mit einer bedeutenden Herabsetzung annimmt, ein sicheres Mittel geben, um unberechtigte Geminne durch massenhafte Ausfuhr ihrer Briefmarken einzuheimsen.

Deutschland hat eine angemessene Lösung dieser Schwierigkeit gefunden, und die Vertreter der deutschen und österreichischen Postverwaltungen werden beantragen, daß diese Länder bei der Regelung ihrer Berechnungen mit den anderen Ländern für die von ihnen ausgegebenen und in Umlauf gesetzten Briefmarken das Pfund Sterling als Münzeinheit anzunehmen haben. Das belgische Regierungsorgan findet diesen Antrag sehr annehmbar. Ein weiterer deutscher, von Frankreich unterstützter Antrag will, daß die von einem Lande aus besonderer Veranlassung ausgegebenen Postwerthe nicht nur im Ursprungslande Geltung haben sollen. Seine Annahme gilt als sicher.

Berlin, 1. April. Unter den zahlreichen Glückwunschtelegrammen für den Fürsten Bismarck anlässlich seines Geburtstages befindet sich, wie verlautet, ein solches des Kaisers, welches in sehr herzlichen Ausdrücken abgefaßt ist.

* [Die Zulassung der Frauen zum Apothekerberuf.] Nach einer Meldung der „Apoth.-Ztg.“ ist auf den 31. Mai eine Sitzung des Apothekerraths mit folgender Tagesordnung anberaumt worden: „Inwiefern und unter welchen Bedingungen lassen sich weibliche Kräfte im Apothekerberuf verwenden?“ Der erste Referent, Herr Apotheker Engelbrecht, empfiehlt die Antwort, daß Frauen im pharmaceutischen Beruf allgemein und mit Erfolg nicht verwendbar sind. Wohl aber könnten Frauen verwendet werden in den Dispensiranstellen sämtlicher Kranken- u. f. m. Anstalten und in kleineren Apotheken, die amtlich bezeichnet werden sollen, und zwar als Eleminen und Pharmaceutinnen. Der zweite Referent, Herr Annaß, meint dagegen, daß Frauen sich auch im pharmaceutischen Beruf allgemein verwenden lassen. Es könne daher unter gleichen Bedingungen, wie sie die Männer zu erfüllen haben, den Frauen der Betrieb auch einer selbständigen Apotheke gestattet werden.

* [Ueber die Begnadigungen der Duellanten] in Verbindung mit dem Ausbleiben der Amnestie bemerkt das „Stöcker'sche Volk“:

„Wenn gewisse Gerüchte, die uns zugehen, richtig sind, so wären Begnadigungen in größerem Umfange demnächst doch noch zu erwarten. Wenn sie bisher ausgeblieben sind, so habe eben durch das Ausbleiben beim. durch eine ganz subjective Ausübung klar gelegt werden sollen, was verfassungsmäßig feststeht, daß nämlich das Gnadenrecht ein ganz persönliches Recht des Monarchen sei, auf welches weder gewohnheitsrechtliche Erwartungen noch kritische Erörterungen der Presse einen Einfluß ausüben.“

* [Zur Affaire Tausch.] In der Untersuchung wider den Criminalcommissar v. Tausch und den Herrn v. Lüchow soll nunmehr, wie eine Berliner Correspondenz meldet, den Angeklagten die Anklageschrift zugestellt worden sein.

* [Eine kostbare Entdeckung] hat die „Trier'sche Landeszeitung“ gemacht. In Nr. 130 des von dem Caplan Dasbach herausgegebenen Blattes werden die Tagebuchblätter der Oberhofmeisterin Gräfin v. Doh über die ersten Lebensstage Kaiser Wilhelms I. mitgetheilt. Natürlich fehlte auch nicht die bekannte Notiz vom 3. April 1797 über die Taufe des Prinzen. Daran schließt sich dann das Tagebuchblatt vom 4. April: „Die Kronprinzessin als zum ersten Male wieder mit dem Kronprinzen. Nach Tisch ging Alles zu Radjwill, wo der neugeborene kleine Prinz katholisch getauft wurde.“

Wie bekannt, handelt es sich bei der am 4. April 1797 erfolgten Taufe um den „neugeborenen kleinen Prinzen“ aus dem Hause Radjwill und zwar um den am 19. März 1797 geborenen, späteren General-Lieutenant Fürsten Wilhelm Radjwill. Aber der Redacteur des Trierer Blattes kommt auf den seltsamen Einfall, der spätere Kaiser Wilhelm wäre am 4. zum zweiten Male und diesmal katholisch getauft worden, und macht dazu die tiefstinnige Bemerkung:

„Es dürfte wohl vielen unserer Leser bisher unbekannt geblieben sein, daß Kaiser Wilhelm I. zweimal die Taufe empfangen habe. Wir stehen zweifelnd vor dieser Thatfache. Das fürstlich Radjwill'sche Haus ist be-

drückenden Menge von Altsch und wahren Thatfachen noch etwas mehr kam.

Daß die Prinzessin Welschersky in Folge eines Telegramms mit Sohn und Dienerschaft die Nacht darauf abgereist war, daß der Herr Staatsrath sich nicht wieder sehen und durch einen auswärtigen Rechtsanwalt seine in der Residenz eingeleiteten Geschäfte abwickeln ließ, gab neues, unendliches Gerede.

Aber was den Kern des Geredes betraf, so blieb der, wie er war:

Hedbin, der gefeierte Staatsminister des Herzogthums, stand unter der Anklage des Vertrauensbruches gegen seinen Herrn und Herzog, des Verathes des Dienstgeheimnisses zum Zweck eigener Bereicherung, und wie die anderen Punkte heißen mochten.

Daß er bankrott sein würde, wenn seine Gläubiger zusäßen, galt ebenfalls für Thatfache; vorläufig, erzählte man sich, lieferte die Post täglich ganze Berge von Rechnungen dort im Hause ab.

Die Aerzte erklärten nach etwa einer Woche, Hedbin würde genesen und die leichte Lähmung bei völliger Ruhe und guter Pflege nach und nach verschwinden. Aber es freute sich außer seiner Frau und seinen Söhnen kaum jemand darüber; im Gegentheil, wenn man es vielleicht auch nicht aussprach, so dachte man doch: „Ihm wäre besser, er stirbe.“

Die mehr und aufrichtiger Theilnahme schenkte man seiner Tochter, deren Wunde zwar in erwünschter Weise heilte, die aber lebensgefährlich erkrankt, in tiefer Bewußtlosigkeit darniederlag. Der Roman Ullas war, natürlich auch ganz entsetzt, in aller Munde. Sie hatte damals den Affessor v. Weber abgewiesen, weil sie heimlich mit Sparrenberg verlobt war. Der Vater, dem sie dies gestand, gerieth darüber so in Wuth, daß er sie erschließen wollte. Eine Hauslehrerliebschaft und das bei dem Hedbin'schen Hochmuth!

Es wurden so viel andere unglaubliche Dinge erzählt — da fand man diese Geschichten im Publikum durchaus glaublich. (Fortf. folgt.)

Feuilleton.

Der Hedbinshof.

(Nachdruck verboten.)

33) Roman von L. Haidheim.

Ullas Augen öffneten sich weit; eine entsetzliche Ahnung dümmerte in ihren Zügen auf; dort, über dem Bett — der stets geladene Revolver! Mit einem lauten Schrei sprang sie eben noch zwischen die sich schon schließende Thür — Hedbin stieß sie mit Gewalt zurück — aber sie klammerte sich an das Thürschloß; er schlug, seiner nicht mehr mächtig, wüthend auf ihre Hände; da hatte sie ihren Fuß zwischen die Thürschwelle geschoben — und als er sah, es gelang ihm nicht, sprang er wie ein Tiger nach der Wand, riß den Revolver herab und — ein Aufkreischen — ein Anfall und noch einer hallte durch das Haus. — — — Als die entsetzten Mägde hereinstürzten, sahen sie Ulla bewußtlos in ihres Vaters Armen — mit Blut überströmt, das aus ihrer rechten Schulter zu kommen schien, und wie eine Leiche aussehend.

„Der Doctor! Holt Aerztel!“ schrie Hedbin ihnen heiser entgegen. Er sah sich gar nicht mehr ähnlich. Wie es kam, hätte Niemand sagen können, daß dann auf einmal der Affessor Olsnith da war als der erste und einzige Helfer, daß er Hedbin die Tochter aus den Armen nahm und sie auf dem Vaters Bett legte, daß dann Sparrenberg sich um den ebenfalls bewußtlosen Hedbin bemühte und daß, als endlich zwei Aerzte zugleich anlangten, die beiden jungen Männer die einzige wirksame Hilfe leisteten. Der Forstassessor hatte, im brennender Sehnsucht, von Ulla zu hören oder sie vielleicht zu sehen, seinen Freund besuchen wollen und eintretend, das Schreckensgeschrei der Mägde gehört — das war die einfache Erklärung, die dieser den Aerzten gab. Aber er sah dabei so ganz und gar fassungslos aus, daß der ältere der Herren ihn bei Seite nahm und ihn ernst

fragte: „Stehen Sie dem Hause nahe? Wissen Sie, was heute über dasselbe gekommen ist?“

Nein — Olsnith wußte es nicht — „aber sie — sie ist meine Braut — wir lieben uns!“ stammelte er.

„Nannten Sie nicht eben Ihren Namen, mein Herr — Olsnith?“ fragte der Sanitätsrath weiter. Und als der Forstmann stumm nicht, in ganz verzweiflungsvoller Angst um die Geliebte, zeigte der alte Herr auf ein Schriftstück, welches auf Hedbins Tisch lag und das der Hofmarschall dahin gelegt hatte.

„Ihr Vater — der Herr Landrath zu Sorensfeld — ist unter einer ganzen Anzahl anderer hochangesehener Männer einer der gewichtigsten unter den Anklägern Hedbins. Dies Papier machte schon gestern in der Stadt die Runde.“

Stundenlang blieben die Aerzte und die beiden jungen Männer, nachdem sie für Ulla eine Krankenschwesterin beschafft hatten, in dem Hause des Unglücks, bis die Herrin desselben höchst vergnügt von ihrer Fahrt mit der Prinzessin zurückkehrte.

Inzwischen hatte sich in der ganzen Stadt wie ein Lauffeuer das Gerücht verbreitet, Hedbin habe auf Grund der entdeckten, mit Winterthur verübten Betrügereien seine Entlassung bekommen und erst seine Tochter, die ihm in den Arm gefallen sein mochte, dann sich selbst erschossen. Man combinirte ziemlich richtig. Frau Helene konnten die sie verwundert und vorwurfsvoll anstarrenden Blicke der Begegnenden nicht entgehen. Ihr kam sogar der Gedanke, es müsse etwas passiert sein, aber keine Ahnung, wie nahe sie dies anging.

Und als sie dann in's Haus trat, wo Sparrenberg und der Sanitätsrath sie empfingen, als sie zu Ulla hineinstürzte, an deren Bette ein todtblauer junger Mann kniete und die weiße, schon fieberheiße, kleine Hand der Bewußtlosen mit seinen bedeckten, als sie dann Olsnith erkannte und doch vor Entsetzen über alles eben Gehörte kein Wort der Abwehr fand, sondern nur weiter schwankte nach ihres Vaters Lager im nächsten

Zimmer: da brach das stolze Gebäude ihrer glanzvollen Lebensstellung mit all ihren Hoffnungen zusammen.

Und sie wußte noch lange nicht alles!

Sie mußte tropfenweise den unsäglich bitteren Kelch leeren, mußte das Ehrenkleid ihres Mannes und damit das ihrige durch den Schmutz und Staub geschleift sehen, daß ihr war, als ob sie jeder Hilfe bar vor aller Welt am Pranger stehe, und hatte in dieser ganzen Zeit nur einen Menschen, der ihnen treu, unerschütterlich treu blieb — ihr und ihrem ganzen Hause: das war Sparrenberg. Er brachte der Unglücklichen mit Bienenfleiß jede gute Nachricht, jedes freundliche oder anerkennende Urtheil über ihren Gatten und damit den einzig möglichen Trost. Aber nach der anderen Seite war er es auch, durch den Olsnith mehrere Mal täglich Nachrichten von der Heißgeliebten erhielt. Der sonst so lebensfrohe junge Forstmann verging wie ein Schatten in dieser steten Aufregung. Denn ihn — Olsnith — hatte Frau Helene Hedbin fortgewiesen, indem sie jernglühend auf den Namen seines Vaters unter jener Anklage zeigte. „Wie kann der Sohn dieses Mannes es wagen, vor meine Augen zu treten?“

Es gab jetzt freilich nichts mehr zu verheimlichen, hatte Sparrenberg gedacht, und ihr von Ulla und Olsnith Liebe geredet; aber der Erfolg, den er sich davon versprochen, blieb aus. Auf Frau Helene Hedbin wirkte das Unglück nicht wie auf die meisten Frauen; statt sie weich zu machen, machte es sie hart; statt sie zu zerknirschern, erbitterte es sie durch das Uebermaß. Ihr geschah zu viel, das hatte sie nicht verdient, sagte sie.

Die anfänglichen Gerüchte über die Vorgänge im Hedbin'schen Hause klärten sich nach und nach dahin, daß der Minister seinen leichten Schlaganfall gehabt habe vor Sorensfeld über seiner Tochter Unfall, die den Revolver spielend in die Hand genommen, da sie ihn nicht geladen meinte, und sich dann selber damit in der rechten Schulter verlegt hatte.

Wer's glaubte, mochte es thun. Es blieb für die Betheiligten völlig gleichgültig, ob zu der er-

hauptsächlich katholisch. Die Laute darf auf katholischer Seite aber nur dann wiederholt werden, wenn die erste Laute ungültig war oder sich Zweifel über deren Gültigkeit ergaben. In diesem Falle erfolgt die Laute nur bedingungsweise.“
Hoffentlich sind seine „Zweifel“ seitdem geklärt worden.

□ Posen, 1. April. (Tel.) Dem „Posener Tagbl.“ zufolge hat der Cultusminister Maßnahmen gegen die katholischen Lehrervereine in der Provinz Posen wegen ihrer polonisierenden Bestrebungen angeordnet.

• Braunschweig, 30. März. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung wurde der Magistratsantrag auf Einführung einer Biersteuer abermals mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Deisterreich-Ungarn.
Wien, 31. März. In der heutigen Sitzung des Gemeinderathes verlas die Bürgermeister Dr. Lueger ein Schreiben des Bürgermeisters Strobach, in welchem er mittheilt, daß er sein Amt als Bürgermeister der Stadt Wien niederlege.

Montenegro.
Cetinje, 31. März. Prinzessin Anna von Montenegro hat sich mit dem Prinzen Franz Josef von Battenberg verlobt.
Die Braut, geboren zu Cetinje am 18. August 1874, ist das fünfte Kind des Fürsten Nicolaus I. und seiner Gemahlin Milena, Tochter des Wojwoden Peter Bukotic. — Prinz Franz Josef ist zu Padua am 24. September 1881 geboren; er ist der Sohn des Prinzen Alexander von Hessen und bei Rhein, der jüngere Bruder des früheren Bulgarenfürsten Alexander, an dessen Seite er auch den serbisch-bulgarischen Krieg mitgemacht hat.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 1. April.
Das Abgeordnetenhaus beriet zunächst den Etat der Central-Genossenschafts-Kasse, wobei im Gegensatz zum Abg. Parisius (freif. Volksp.) die Abgeordneten v. Arnim (cons.) und v. Mendel-Steinfels eine weitere Erhöhung des Grundkapitals befürworteten. Finanzminister v. Miquel glaubte auch selbst, daß eine solche Erhöhung bei der überraschend guten Entwicklung der Kassenthätigkeit notwendig werden würde, und daß für das nächste Jahr darauf wohl Bedacht zu nehmen sei. Das Ziel müsse sein: In jeder Gemeinde eine Darlehnskasse, an die sich dann die Genossenschaften für gemeinsamen Ein- und Verkauf u. s. w. organisirten angeschlossen hätten. Darin liege die Lösung des so ungeheuer wichtigen Problems der Erhaltung des mittleren und kleineren Besitzes und Gewerbes. Der Staat brauche mit der Kasse kein Geschäft zu machen, das sei auch gar nicht beabsichtigt.

Alsdann wurde die zweite Berathung der Stadt- und Landgemeindevorordnung für Hessen-Nassau begonnen. Die §§ 1 bis 14 wurden unverändert nach den Commissionvorschlüssen angenommen.

Darauf steht die Fortsetzung der Berathung auf der Tagesordnung.

Reichstag.

• Berlin, 1. April.

Der Reichstag beendete heute in Anwesenheit von höchstens 50 Abgeordneten die erste Lesung der Handwerker-Vorlage, welche an eine Commission verwiesen wurde.

Abg. Padnide (freif. Vereinig.) erklärte, seine Partei könne der Vorlage zustimmen, wenn sie nur Handwerkerkammern enthielte. Auch mit den Bestimmungen über das Lehrlingswesen seien seine Freunde im großen und ganzen einverstanden. Dagegen seien die Zwangsinnungen in jeder Form unannehmbar. Ein paar Millionen in Preußen für die Fach- und Fortbildungsschulen wären für das Handwerk werthvoller, als ein ganzes Innungsgesetz.

Minister Briesel wünscht, daß aus der Vorlage, dem Ergebnis eines nach mühevoller Arbeit zu Stande gebrachten Compromisses, etwas Positives erwachse. Der Minister sucht namentlich die Berechtigung und Lebensfähigkeit der facultativen Zwangsinnungen nachzuweisen. Die freien Innungen und Gewerbevereine, die namentlich in Süddeutschland sich bewährten, müsse man vorläufig bestehen lassen. Mit absoluten Zwangsinnungen könne man nur zu einer Menge Zwangs- und Scheinnnungen. Das Handwerk sei keineswegs unrettbar verloren; man müsse nur mehr als bisher für dasselbe thun.

Abg. Euler (Centr., Kunstschiller, eine in der Handwerkerbewegung bekannte Persönlichkeit) will im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Hise von dem Zwitterding der Facultativen-Zwangsinnungen nichts wissen, aber trotzdem die Vorlage nicht verwerfen.

Nach weiteren Reden der Abg. Brielhaden (Antif.), Benoit (freif. Vereinig.), Beckh (freif. Volksp.) und Reichhaus (Soc.) wurde die Discussion, welche sich bis 6 1/2 Uhr hinzog, geschlossen.

Morgen steht der Antrag Liebermann von Sonnenberg betr. die confessionelle Eidesformel und die Anträge betr. das Jesuitengesetz zur Berathung.

Die Lage auf Areta.

Berlin, 1. April. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet aus Wien: Hier verlautet bestimmt, die Mächte würden sich auf die Blockade des Golfs von Athen einigen, nachdem England bereits notificirt hat, es werde dieser Blockade zustimmen, falls sich die anderen Mächte gleichmäßig betheiligten, was auch der Fall sein dürfte. Die Mehrzahl der Mächte, insbesondere auch Rußland, sind zur Nachsendung eines Bataillons sammt einer Batterie zur Verstärkung der internationalen Besatzung Aretas bereit. Oesterreich hat von allem Anfang an erklärt, nur ein Bataillon zu entsenden; ein weiterer Nachschub von Truppen sei nicht beabsichtigt. Das entschiedenere Vorgehen

der Admirale gegen die Insurgenten verspricht den besten Erfolg.

Athen, 1. April. Oberst Vassos hat dem König folgendes Telegramm, datirt aus Athen vom 31. März, gesandt:

Entgegen der Verfassung gestatteten die Admirale den Muselmanen, Randano in voller Rüstung trotz Plünderung und Brandstiftung zu verlassen, während jede That der Vertheidigung seitens der Christen ein Bombardement hervorruft. Gestern besetzten gemischte Truppen-Abtheilungen Anem-bali und versahen das Blockhaus und die Castelli belagernden Türken mit Lebensmitteln. Die Admirale telegraphirten in folgender Weise an ihre Regierungen, daß nichts die Grausamkeit verhindere und die Gefangenen in Malaga niedergemetzelt werden, und daß sie ferner beabsichtigen, Aenea anzugreifen trotz der feierlichen Erklärung. Ich werde den Admiralen energische Proteste übermitteln.

Aenea, 1. April. Oberst Vassos richtete heute ein Schreiben an den orthodoxen Bischof von Aenea, worin er sich anbietet, 42 türkische Soldaten und zwei Offiziere, welche in dem letzten Gefechte bei Malaga gefangen genommen worden sind, unter der Bedingung ihrer Entfernung von Areta auszuliefern. Die Admirale sind sofort von der Angelegenheit unterrichtet.

Berlin, 1. April. Gestern hat auch die Kaiserin Friedrich dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe einen Gratulationsbesuch gemacht. Dem Fürsten Bismarck traf ein herrliches Telegramm ein, auf welches Fürst Hohenlohe durch einen Glückwunsch zum heutigen Geburtsdag Bismarcks erwidert hat.

— Finanzminister v. Miquel, von Abgeordneten interpellirt über seine angeblichen Aeußerungen gegenüber dem Agitator des Bundes der Landwirthe Lucke, bekannte sich zu der Aeußerung über die Parteien, dagegen sei die Bemerkung über das Programm des Bundes der Landwirthe entfallen niedergegeben.

— Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittheilt, dürften zu dem in Washington stattfindenden Weltcongreß von deutscher Seite der Staatssecretär des Reichspostamtes v. Stephan, der Director des Reichspostamtes Frisch und Geh. Post-rath Neumann entsandt werden.

— Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist über die Befehle des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein noch nicht entschieden.

— Das Organ des Alireichskanzlers, die „Berliner N. Nachr.“, glebt der Hoffnung Ausdruck, Contreadmiral Tirpitz werde der Roon der Marine sein. Die „Deutsche Tagesztg.“ meint, wenn Hollmann wirklich durch Tirpitz ersetzt würde, so würden wir uns auf noch viel schärfere Flottenkämpfe gefaßt machen müssen. Eigenthümlich würde die Lösung immer sein. Contreadmiral Tirpitz vertritt, wenn man so sagen darf, bezüglich der Flottenforderungen die schärfste Tonart. Daß es ihm, wenn sonst alles beim Alten bleibt, gelingen könne, durchzusetzen, was dem Admiral Hollmann nicht gelang, daran ist im Ernste nicht zu denken.

— Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge sind zwischen den betheiligten Ministerien Verhandlungen im Gange, auch den Hinterbliebenen der Universitätsprofessoren, die in der am 1. April in Kraft tretenden Gesetzesvorlage zur Verbesserung der Reclutenbezüge der Beamten nicht eingeschlossen sind, eine entsprechende Erhöhung der Bezüge mit rückwirkender Kraft vom 1. April zu sichern.

— Hansen ist heute von Paris nach Berlin abgereist.

— Der frühere Cultusminister Falk erhielt zu seinem Jubiläum Gratulationen vom Großherzog von Baden, dem Fürsten Bismarck, dem Reichskanzler Hohenlohe und dem Staatsministerium.

— In der Straßsacke Lauch-Lühow (cf. unter Deutschland) sind unter anderen als Zeugen beantragt die Minister v. Köller und Bronsart v. Schellendorff sowie der Staatssecretär Frhr. v. Marschall.

— Professor Reinhold Begas ist in der außerordentlichen Hauptversammlung des Vereins Berliner Künstler zum Ehrenmitgliede des Vereins ernannt worden.

— Der Justizrath Mahower ist gestorben.

Wien, 1. April. Johannes Brahms liegt im Sterben.

Paris, 1. April. Der Ministerrath hat heute den Marineminister ermächtigt, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen betreffend den Bau von Schiffen im Gesamtwerthe von 80 Millionen, vertheilt auf sechs Jahre. Der Credit für 1897 beträgt 8 1/2 Millionen.

— Der Minister des Aeußeren Hanotaux und der Abgeordnete Demun sind zu Mitgliedern der französischen Akademie gewählt an Stelle des verstorbenen Challemeil Lacour und Jules Simon.

Reichstag.

202 Sitzung vom 31. März.

Vor sehr schwach besetztem Hause wird die erste Lesung der Handwerker-Vorlage fortgesetzt.

Abg. Jacobshäuser (cons.) führt aus, daß die Vorlage eigentlich nirgends eine günstige Aufnahme gefunden habe, zu seiner Verwunderung auch nicht bei den Handwerkern selber. Deshalb halte er es für notwendig, für die Vorlage insoweit einzutreten, daß man eine vorurtheilslose Prüfung derselben vornehmen möge. In dieser Beziehung herrsche zwischen ihm und seinen Parteifreunden keine Differenz. Sie alle bedauerten, daß nicht der Befähigungsnachweis in der Vorlage enthalten sei, aber das Verlangen der Innungsverbände, deshalb die Vorlage abzulehnen,

gehe zu weit. Jedenfalls bedeute die Vorlage einen großen Fortschritt; sie sei freilich nur eine Abschlages-Entscheidung, als solche werthvoll genug, um sie anzunehmen. In der Commission werde man allerdings Verbesserungen anzubringen versuchen.

Abg. Dr. Baffermann (nat.-lib.): Wir haben schon bei dem Handwerkerkammergesetz unseren Standpunkt dargelegt, wir haben betont, daß wir zur Ausbildung der Lehrlinge Handwerkerkammern für unbedingt notwendig hielten. Vielen unserer Einwände ist in der heutigen Vorlage nachgegeben, besonders begrüßen wir es, daß auch den freien Gewerbevereinen ein Wahlrecht für die Handwerkerkammern eingeräumt werden soll. Wir begrüßen es ferner, daß die Berlepfischen Vorschläge in Bezug auf die Zwangsinnungen gefallen sind, denn diese waren in der Praxis unbrauchbar. Wir glauben nicht, daß große wirtschaftliche Schädigungen durch eine Organisation befeitigt werden können. Allerdings kann die Organisation nützlich wirken, indem sie die einzelnen Berufsgenossen darauf hinweist, wie man durch Zusammenschluß Schäden begegnen kann. Wenn die Berlepfischen Entwürfe auch befeitigt sind, so herrschen doch in den Kreisen meiner Freunde noch schwere Bedenken gegen die heutigen Vorschläge über die obligatorischen Zwangsinnungen. Fallsmajoritäten werden einzelne Handwerker zwingen, Innungen beizutreten, dies widerspricht dem Princip der Gewerbefreiheit. Die Zwangsinnungen sind ein norddeutscher Gedanke, in Süddeutschland will man nichts davon wissen. Entschieden muß ich bestreiten, daß in den süddeutschen freien Gewerbevereinen nicht der Mehrzahl nach Handwerker vertreten sind. Statt der Zwangsinnungen sollte man lieber die freien Innungen fördern. Wir werden auch für die Gesellenauschüsse eintreten, denn diese dürfen in einer Organisation des Handwerks nicht fehlen, selbst auf die Gefahr hin, daß man dadurch die Socialdemokratie stärkt, die aber in den großen Städten auch unter den Meistern genug vertreten ist. Bedenklich erscheint uns dagegen die Einschränkung des Rechtes zur Lehrlingsausbildung. Wir wünschen vor allem, daß es in der Commission zu einer Verständigung über die Handwerkerkammern kommen wird.

Abg. Schneider (freif. Volksp.): Auch meine politischen Freunde sind der Meinung, daß die Vorlage so wichtig ist, daß wir die Verweisung an eine Commission verlangen. Die Erwartungen, welche an die Organisation des Handwerks geknüpft werden, sind in mancher Beziehung überschätzt. Man erwartet eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Handwerker, eine bessere gewerbliche Vorbildung und eine angemessene Vertretung der Interessen der Handwerker. Auf die Mängel der Organisation ist die schlechte Lage der Handwerker nicht zurückzuführen, sondern auf das Ueberhandnehmen des Maschinenwesens. Die Innungen sind jetzt häufig behindert durch die Ausbreitung der Fabriken. Wenn die Zwangsinnungen jetzt zugelassen werden sollen, dann kann man die freien Innungen von dem Aufsichtswesen etwas befreien. Wenn die süddeutschen Gewerbevereine beibehalten werden, kommen wir zu einer gewerbepolitischen Mainlinie, und die Gewerbevereine würden bei ihrer Freiheit die norddeutschen Innungen den Rang ablaufen. Man sollte Normalbestimmungen aufstellen für die Innungsbildung; wenn diese Bestimmungen von den Innungen angenommen sind, sollte man in der Befähigung sehr vorsichtig sein. Gegner der Innungen sind wir nicht; wir wollen nur den Innungen keinen Einfluß gestalten auf Leute, die von ihnen nichts wissen wollen. Ein wichtiger Punkt ist die bessere Ausbildung der jungen Handwerker. Die Befähigung, daß eine Demoralisation der jungen Handwerker eingetreten ist, ist unbegründet; die Ausstellungen von Lehrarbeiten beweisen das Gegentheil. Jetzt will man den Lehrstellen mit facultativen Zwangsinnungen abhelfen. Aber wie will man die Mehrheit der betheiligten Gewerbetreibenden stellen, die zur Bildung einer solchen Zwangsinnung nötig ist? Wer ist als Betheiligter anzusehen? Auch die Frage, ob das Gewerbe fabrikmäßig betrieben wird, kommt in Betracht. Eine derartige Abstimmung per majora ist höchstens die Quelle dauernder unerquicklicher Streitigkeiten; es bleibt nichts übrig, als ein allgemeines Kataster sämtlicher Gewerbetreibenden aufzustellen. Ein bedauerlicher Rückschritt würde gemacht werden, wenn wieder eine Abgrenzung zwischen den einzelnen Handwerkern ins Leben zu rufen versucht würde, wie man das mit der Gesellenprüfung anbahnt. Die Erwartung des Herrn Hise, daß die Einke ihn und seine Bestrebungen auf diesem Gebiete, die Selbstverwaltung des Handwerks auszuweiten, unterstützen wird, ist wohl kaum ernst gemeint. Die Meister, die keine Lehrlinge hatten, würden ganz rechtloslos der sogenannten Selbstverwaltung der Zwangsverwaltung ausgeliefert sein; sie würden zu Einrichtungen mit Steuern beitragen müssen, die für sie selbst gar keine Vortheile haben. Darin liegt auch eine Beschränkung der Gewerbefreiheit. Ein gewisser Befähigungsnachweis wird verlangt für die Ausbildung von Lehrlingen. Eine Ausnahme ist ja zugelassen, daß nämlich jemand, der sein Gewerbe fünf Jahre selbstständig betrieben hat, Lehrlinge ausbilden darf; das ist ein Beweis dafür, daß man die Prüfung allein als nicht maßgebend betrachtet. Würde die Prüfung obligatorisch gemacht, so müßte ja eine Abgrenzung der Handwerke gegen einander wieder eintreten. Ein bedenklicher Eingriff in die Gewerbebefähigung ist es, daß schon die Unterwaltungsbehörden darüber entscheiden sollen, ob in einer Werkstätte zu viel Lehrlinge beschäftigt werden. Daß das Handwerk eine besondere Vertretung für sich beansprucht, ist ja nach Einrichtung der Landwirthschaftskammern begreiflich. Aber es muß darauf gesehen werden, wie diese Kammern zusammengesetzt und gewählt werden. Warum sollen die einzelnen Handwerker, welche keiner Innung und keinem Gewerbeverein angehören, von der Wahl zur Kammer ausgeschlossen bleiben? Es sind doch nicht überall Innungen und Gewerbevereine vorhanden, weil es an dem genügenden Material hierzu fehlt. Die Pflege der Interessen dieser kleinsten Handwerker würde aber eine Hauptaufgabe der Handwerkerkammern sein. Die Gesellen gehören auch zum Handwerk, und ihre Vertretung ist ganz und gar verschunden. Durch die Vorlage wird die Bureaukratie auch im Kleinem sich ausbreiten. Man sollte nicht zu viel von der Gefügung verlangen, das ist auch unsere Meinung, und da wir glauben, daß eine Organisation im Rahmen der gegenwärtigen Gewerbeordnung möglich ist, so sind wir nicht geneigt, für die Vorlage einzutreten, wenn uns noch besondere verborgene Vorzüge vorgeführt werden.

Abg. Camp (Reichsp.) dankt der preussischen Regierung für ihr Eintreten für die Interessen des Handwerks. Er persönlich sei allerdings für eine landes-gewerliche Regelung gewesen, aber der Entwurf komme den Wünschen der Handwerker so weit als möglich entgegen. Sowohl Nord- als Süddeutsche würden sich sehr gut dabei finden. Zwangsinnungen hätte keiner so aufgeführt, daß Handwerker gegen ihren Willen gezwungen werden sollten. Innungen beizutreten. Einen gewissen Zwang gebe es auch bei den Handelskammern, auch dort würden Kaufleute, die direct keinen Vortheil davon hätten, zu Beiträgen im Interesse des Gemeinwohls genöthigt. Ein wesentlicher Vortheil des Entwurfs sei, daß die Mitwirkung der Handwerkerkammern obligatorisch gemacht würde bei allen Fragen, die das Handwerk angehen. Wenn schon früher solche Bestimmungen bestanden hätten, würden Mißgriffe wie die Bäckereiverordnung vermieden sein. Die Bestimmungen über die Befähigung, Lehrlinge auszubilden, bietet schon eine Art Befähigungsnachweis, anders hätte er ihn nie aufgeführt, wenn die Einke sich auf dieser verlässlichen Basis geeinigt hätte, würde man schon vor zehn Jahren diesen Befähigungsnachweis gehabt haben. Mit dem Abg. Dr. Schneider stimme er darin überein, daß der Entwurf etwas zu bureaukratisch sei. Zurückweisen müsse er den Entwurf des Abg. Augst, daß die Herren von der Rechten ihre Sachen nur in großen Bajars kauften, er persönlich liege seine Schuhe und seine Kleider nur bei Hand-

werkern machen. Ähnlich machten es alle seine Freunde.

Abg. Grillenberger (Soc.) kennzeichnet den Standpunkt seiner Partei dahin, daß das Handwerk als selbstständiger wirtschaftlicher Factor durch die heutige Gefügung überhaupt nicht mehr zu retten sei. Der Rückgang des Handwerks sei vorhanden, aber er sei lediglich bedingt durch das Vordrängen der großkapitalistischen Betriebsweise. Sicher sei, daß die freien Gewerbevereine zehnmal mehr für das Handwerk gethan hätten als die Innungen. Nur eine völlige Umformung unserer ganzen Produktionsweise könne helfen. An der Vorlage würden seine Freunde trotz alledem mitarbeiten, damit, wenn nun einmal die Novelle zu Stande kommen sollte, dies wenigstens in einer möglichst abgeschwächten Form geschehe, aber sie würden gegen die Vorlage stimmen, weil durch sie dem Handwerk nicht geholfen werde.

Abg. Hylert (b. h. Z.) vertritt sich von der Vorlage nicht viel; dem Handwerk werde besser geholfen werden durch eine stärkere Besteuerung der großen Geschäfte.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung; erste Lesung der Invaliditäts- und Altersvorlage.

Unsere Botenfrauen

in Danzig und den Vororten nehmen neue Abonnements auf die „Danziger Zeitung“ mit dem illustrierten Witzblatt „Danziger Fidele Blätter“ und dem „Westpreussischen Land- und Hausfreund“ zum Preise von

2,60 Mark

vierteljährlich bei täglich 2 maliger

Zustellung entgegen.

Die Abonnementsbeträge werden durch unsere Botenfrauen von den Abonnenten gegen eine Quittung der Expedition abgeholt. Die alten Abonnements laufen weiter, wenn sie nicht abbestellt werden.

Danzig, 2. April.

Bewegung der Landgüter-Preise.

In Bezug auf diese in Nr. 22489 dieser Zeitung erörterte Frage theilen wir ferner nachstehende Beispiele aus landwirthschaftlichen Kreisen mit:

Ein größeres Gut von 3400 Morgen inclusive 900 Morgen Wald, 360 Morgen Wiesen, circa 400 Morgen Bruchwiesen, Torf etc., Grund- und Gebäudesteuer 360 Mk., brachte im Jahre 1840 Pacht excl. Wald 3000 Mk. = Rente: 60 000 Mk. 1846 Pacht excl. Wald 4200 Mk. = Rente: 84 000 „ 1852 betrug der Verkaufspreis (kleine Brennerei) 180 000 „ 1872 betrug der Verkaufspreis in der Subhastation circa 200 000 „ 1877 betrug der Verkaufspreis freihändig 300 000 „ bei circa 120 000 Mk. Anzahlung.

Nachdem circa 150 Morgen gerieft, eine Wasserleitung eingerichtet und mehrere Arbeiterhäuser gut ausgebaut sind, allerdings auch der Wald größtentheils durch Holzverkauf genutzt ist, wird die heutige Verkaufsforderung des Besitzers auf mindestens 310 000 Mk. festgesetzt.

Ein früheres Freischulzerei-Gut, jetzt zu einer Landgemeinde gehörig, in Größe von ca. 800 Morgen mit 200 Morg. Sandboden incl. erzielte 1862 einen Kaufpreis bei ca. 36 000 Mk.

Anzahlung von 77 000 Mk. 1865 ein Kaufpreis bei ca. 30 000 Mk. Anzahlung von 114 000 „ Durch Zukauf eines kleinen Grundstücks . 3 000 „ Summa 117 000 Mk.

Nach Ausführung diverser Bauten wurde das Gut im Herbst 1894 bei einer Anzahlung von 24 000 Mk. für 142 500 Mk. verkauft. Der jetzige Besitzer des Gutes ist nicht der Meinung, daß er für dasselbe einen zu hohen Preis bezahlt habe.

Eine bis 1829 fiscalische Besitzung von etwa 1200 Morgen, welche der Staat damals verkauft für 18 000 Mk., wurde 1868 verkauft für 138 000 Mk., die von dem neuen Besitzer ausgeführten Bauten sind zu veranlagten auf 15 000 Mk., der von ihm gezahlte Betrag beläuft sich also auf 153 000 Mk.

Im Jahre 1894 wurden für dieses Gut 165 000 Mk. gefordert. Die in demselben Jahre aufgemachte gerichtliche Lage belief sich auf 215 000 Mk., so daß das Gut mit 150 000 Mk. beliehen werden konnte.

* [Zum Untergange des Dampfers „Mannheim VII.“] Ein uns Nachts aus Ceiba zugewandenes Telegramm meldet, daß bisher von dem zweiten Boot und dessen Mannschaft nichts bekannt ist.

* [Tragen von Civilkleidung seitens der Offiziere.] Durch eine neuen erlassene kaiserliche Ordre wird bestimmt: Die commandirenden Generale sind berechtigt, für die unmittelbar unterstellten Offiziere und Sanitäts-Offiziere hinsichtlich des Tragens von Civilkleidung auf Urlaub innerhalb des Corpsbezirkers einschränkende Bestimmungen zu erlassen, sofern nach den örtlichen Verhältnissen aus der Festschreibung unter Ziffer 55 b der Offiziers-Beziehungs-Vorschrift Uebereinstimmung ergeben. Bei Rennen erscheinen alle Offiziere etc. stets in Uniform.

* [Fernsprecherverkehr.] Um die Vortheile, die der mündliche Verkehr mittels Fernsprecher gewährt, in besonderen Fällen, namentlich bei Unfällen, Krankheiten, zur Herbeirufung eines Arztes u. s. w. weiteren Kreisen zugänglich zu machen, können fortan von jeder öffentlichen oder öffentlichen Fernsprecherstelle aus innerhalb des Stadt-, Vor- und Nachbarrathsbezirks Gespräche mit Personen, die einen Fernsprecheranschluß nicht besitzen, geführt werden. Die Gebühr für ein derartiges Gespräch von 5 Minuten beträgt 1 Mark; ein Botenlohn für den die betreffende Person herbeirufenden Boten wird nicht berechnet.

* [Neuer Deichinspector.] In der letzten Deichamtsitzung zu Neudorf ist der kgl. Regiments-Baumeister Gramje aus Försch zum Deichinspector des Marienburger Deichverbandes gewählt worden.

* [Von der Weichsel.] Ein gestern Nachmittag aus Warschau eingetroffenes Telegramm meldet: Wasserstand der Weichsel heute 2,92 (gestern 3,05) Meter.

Seiden-Fabriken G. Henneberg, Zürich (K. & K. Hoflieferant).

Druck und Verlag
von A. M. Hefemann in Berlin